

Die Integration der in Liechtenstein lebenden ausländischen Bevölkerung stellt eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben des Landes dar. An der gestrigen dritten Veranstaltung der Reihe «Zeit für Liechtenstein» in Schaan wurde diskutiert, wie das friedvolle Zusammenleben in Zukunft gesichert werden kann.

«Sprache ist der Schlüssel zum Erfolg»

«Die Integrationsthematik ist ein junges Thema», sagt Bruno Zanga, Leiter des Ausländeramtes St. Gallen. «Noch fehlt es an Erfahrung.» Das neue Ausländergesetz der Schweiz gibt die Richtung vor. Jetzt gilt es, dazulernen.

Von Niki Eder

«Wenn Kinder klein sind, gib ihnen Wurzeln, wenn sie gross sind, gib ihnen Flügel» – so lautet ein indisches Sprichwort. Doch wenn die Flügel die Kinder in ein fremdes Land tragen, ist die Landung oft hart. Plötzlich sind sie mit einer fremden Kultur, einer anderen Sprache und neuen Wertvorstellungen konfrontiert. Sie sind an dem Punkt angelangt, an dem Integration beginnt – ein zweiseitiger Prozess, der nur gelingen kann, wenn aufseiten der Migranten der Wille zur Integration vorhanden ist und aufseiten der Aufnahmegesellschaft die Offenheit besteht, Fremdes anzunehmen. Ziel ist ein Zusammenleben unter Achtung der Menschenrechte, das geprägt ist von gegenseitigem Respekt und Toleranz.

Vielfach zitiert wird in diesem Rahmen das neue Schweizer Ausländergesetz, das auf dem Basler Integrationsmodell basiert und seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist. Bruno Zanga, Leiter des Ausländeramtes St. Gallen, gab in einem Impulsreferat im Rahmen der gestrigen Integrationsveranstaltung einen Einblick, wie sein Kanton mit dem Thema umgeht.

Ein gegenseitiger Prozess

«Integration muss klar von Assimilation unterschieden werden», führte Bruno Zanga in die Thematik ein. «Assimilation führt zur Aufgabe der kulturellen Identität. Das Ziel von Integration ist es, dass Migranten die lokalen Handlungsmuster der Aufnahmegesellschaft übernehmen.» Es handle sich dabei um einen langandauernden Prozess, der sowohl an die Migranten wie auch an die Gesellschaft Anforderungen stelle.

«Die Migranten sollen klar wissen, was von ihnen erwartet wird», so Zanga. «Missachten sie die Werte der Gesellschaft, muss dies Folgen haben.» Dazu müssten die Migranten allerdings zunächst die Fähigkeiten und Kenntnisse erwerben, um die Werte und Handlungsmuster der



«Integration fängt an der Basis an»: Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher.

Aufnahmegesellschaft erlernen zu können. «Die Sprache ist hierfür ein ganz entscheidender Faktor, sozusagen der Schlüssel zum Erfolg», betonte der Leiter des Ausländeramtes St. Gallen. «Auch wenn allein aufgrund der Sprache keine Integration stattfinden kann.»

Für eine erfolgreiche Integration muss aber auch die Aufnahmegesellschaft ihren Beitrag leisten. «Es braucht Offenheit», sagte Bruno Zanga. Man müsse akzeptieren, dass sich die Gesellschaft verändere und es keine Stadtmauern mehr gebe wie im Mittelalter. «Den Migranten muss die Möglichkeit gegeben werden, an den gemeinschaftlichen Gütern teilzuhaben. Sie müssen zu den Arbeits-, Wohn- und Bildungsbereichen zugelassen werden, ansonsten kommt es zur Ghettobildung.»

Fördern, Fordern, Ressourcenzugang

Das Schweizer Ausländergesetz, das nur für Drittausländer gilt, umfasst drei Regelungsbereiche: Die Förderung der Integration, die Forderung von Integration sowie die Sicherstellung des Ressourcenzugangs. So soll

zum Beispiel das Erlernen der Sprache einerseits durch entsprechende Angebote gefördert, andererseits aber auch gefordert werden. Laut Artikel 54 wird die (Kurz-)Aufenthaltsbewilligung mit der Bedingung verknüpft, dass die Migranten einen Sprach- oder Integrationskurs besuchen. Die Verpflichtung zum Kursbesuch wird dabei in einer sogenannten Integrationsvereinbarung festgehalten. Derartige Integrationsvereinbarungen sind in vielerlei Hinsicht anwendbar.

Während von den Migranten integratives Verhalten gefordert wird, ist die Aufnahmegesellschaft angehalten, positive Grundbedingungen für die Integration zu schaffen. Dazu gehört unter anderem die Neuregelung bezüglich des Familiennachzugs. Das Gesetz schreibt vor, dass die Familienangehörigen von in der Schweiz wohnhaften Migranten innerhalb von fünf Jahren nachziehen müssen. Denn umso jünger die Kinder seien, umso leichter falle ihnen die Integration. «Ganz zentral ist der Ressourcenzugang zu Arbeit», betonte Bruno Zanga. «Denn in der Regel kann sich nur gut integrieren, wer auch arbeitet.»



«Entscheidend ist der Integrationswille der Ausländer und die Offenheit der Aufnahmegesellschaft»: Bruno Zanga, Leiter des Ausländeramtes St. Gallen.

Somit können Drittausländer fortan jede Stelle antreten, die sie wollen – ohne vorher eine Bewilligung beim Ausländeramt einzuholen, wie dies in der alten Gesetzgebung vorgeschrieben war.

«Noch stehen wir am Anfang», sagte Bruno Zanga abschliessend. «Es sind noch viele Fragen offen. Ich warne jedenfalls davor, zu glauben, dass man mit Integrationsvereinbarungen sämtliche Probleme aus der Welt schaffen kann.» Denn grundsätzlich passiere Integration nicht beim Bund, sondern an der Basis, in den Gemeinden. «Es ist wichtig, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.»

Herausforderung für Liechtenstein

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher stand im Anschluss an das Impulsreferat Moderatorin Jutta Hoob Rede und Antwort zum Thema Integrationsoffensive Liechtenstein. Dabei betonte er einleitend die Besonderheit des kleinen Landes Liechtenstein, das sich vom armen Bauernstaat zu einem der reichsten Staaten der Welt entwickelte. «Rein von der

wirtschaftspolitischen Seite ist Wachstum natürlich immer willkommen», so Tschütscher. «Doch es gibt auch eine gesellschaftspolitische Seite. Dass mittlerweile rund 90 Nationen auf engstem Raum zusammenleben, stellt das Land vor grosse Herausforderungen.»

Die Schlagworte Fördern und Fordern sind auch für den Wirtschaftsminister zentral: «Die Sprache spielt eine zentrale Rolle. Nur wenn wir miteinander reden können, wird es uns gelingen, aufeinander zuzugehen.» Ebenso gelte es, auf die Einhaltung der Rechtsordnung und Verfassung zu pochen. Hierbei gebe es bei der Vorlage für das liechtensteinische Ausländergesetz, welche der Landtag im Juni behandeln wird, kaum Unterschiede zum Schweizer Gesetz.

Ebenso wie sein Vorredner betonte Klaus Tschütscher die Wichtigkeit der Gemeinden, Schulen und Vereine bei der Integration: «Beim Sport spielt die Nationalität beispielsweise keine Rolle. Unterschiede und Intoleranz werden vergessen. Derartige Aktivitäten gilt es vonseiten der Politik zu unterstützen.»



Das Thema bewegt: Selbst nach Abschluss des offiziellen Teils sorgte das Thema Integration für viel Gesprächsstoff unter den Besuchern.



Ins Gespräch vertieft: Landtagsabgeordnete Marlies Amann-Marxer und Regierungsratskandidatin Renate Müssner (v. l.).